

Ilia State University



# Georgien

## Ein Land auf EU-Kurs

In: *Marie-Carin von Gumpenberg, Udo Steinbach*  
(Hrsg.): *Der Kaukasus. Geschichte – Kultur – Politik.*  
*München: C.H. Beck, 3. Neubearbeitete Auflage, 2018,*  
*S. 48-66*

Oliver Reisner, Jean Monnet Professor

Tbilisi, 2017



With the support of the  
Erasmus+ Programme  
of the European Union

This publication has been produced with the assistance of the European Union. Its contents are the sole responsibility of the author and do not necessarily reflect the views of the European Union.

## Georgien – ein Land auf EU-Kurs

**Natur und Geographie** Georgien erstreckt sich südwestlich der steil abfallenden Hänge des Großen Kaukasus auf einer Länge von etwa 450 km. Mit seinen 69 700 km<sup>2</sup> ist Georgien etwa so groß wie Bayern. Von den südlichen Hängen des Kaukasusmassivs mit dem Kasbek (5047 m) im Norden erstreckt es sich über die Zwischengebirgszone georgische Zentralregion bis zum Hochland des Kleinen Kaukasus im Süden. Das Lichi-Gebirge teilt das Land in Ost- und Westgeorgien. Im Norden grenzt Georgien an die Russische Föderation, im Osten an Aserbaidschan, im Süden an Armenien und die Türkei und im Westen an das Schwarze Meer.

In der naturräumlichen Gliederung entstand aufgrund abrupter Wechsel von Höhen- und Klimazonen auf engstem Raum eine Vielzahl von Kulturlandschaften. Zwei Drittel der Oberfläche Georgiens stellen oberhalb von 600 m über dem Meeresspiegel gelegenes Bergland. Auf dem restlichen Drittel des Flachlandes konzentrieren sich 90% der Bevölkerung, der Wirtschaftsaktivitäten und des Verkehrsnetzes.

An der Schwarzmeerküste herrscht ein subtropisches, feuchtwarmes Klima mit hohen Niederschlagsmengen. Hier liegen Abchasien, Mingrelien, Gurien und Adscharien, in denen Tee, Erdnüsse und Zitrusfrüchte gedeihen. Landeinwärts folgen die Gebirgslandschaften Swanetien, Ratscha und Letschumi, an die sich südlich das westgeorgische Kernland Imeretien mit Kutaisi als Zentrum anschließt. Östlich des Lichi-Gebirges beherrscht die Region Kartli die zentrale Senke Ostgeorgiens, die von trockener Hitze im Sommer und recht kalten Wintern geprägt ist. Im Osten grenzt das Weinanbaugebiet Kachetien an Aserbaidschan. Nördlich davon haben sich im zerklüfteten Großen Kaukasus Talschaften (Chewi, Chewsureti, Tuscheti, Pschawi und Mtiuleti) ausgebildet. Die ehemalige Autonome Region Südossetien wird von Georgiern als historische Provinz Samatschablo und von separatistisch gesinnten Osseten als unabhängiges Land betrachtet. Südlich von Kartli erhebt sich das Hochland des Kleinen Kaukasus mit den Regionen Mes'cheti und Dschawacheti. Der Hohe Kaukasus schützt das Land vor dem rauen kontinentalen Klima Russlands.

**Demographie und ethnische Zusammensetzung** 2017 wurden offiziell 3,71 Mio. Einwohner Georgiens gezählt, wobei die abtrünnigen Regionen Abchasien und Südossetien nicht erfasst wurden. Im Jahre 2002 waren es noch 4,37 Mio. Einwohner und vor dem Ende der Sowjetunion 1989 gar 5,4 Mio. Flucht, Vertreibung und Migration

haben die Bevölkerung in 25 Jahren um fast 42% schrumpfen lassen.

Die Hauptstadt Tbilisi (Tiflis) stellt mit offiziell 1,1 Mio. Einwohnern die einzige Metropole dar (inoffiziell wohl eher 1,5 Mio. oder mehr), an welche die Schwerindustriestadt Rustawi mit 116 000 Einwohnern grenzt. In Westgeorgien hat Batumi am Schwarzen Meer mit 155 500 (2002: 121 800) Kutaisi mit 147 200 (2002: 186 000) Einwohnern als zweitgrößtes urbanes Zentrum abgelöst. 57,2% (2002: 52%) der Bevölkerung leben heute in Städten und nur noch 42,8% (48%) in Dörfern und ländlichen Räumen. 253 Dörfer sind unbewohnt.

Der Anteil der Georgier (*kartvelebi*) an der Gesamtbevölkerung ist im 20. Jh. stetig auf 70,1% (1989) und nach der Unabhängigkeit 2004 auf seinen bisherigen Höchststand von 86,8% (2002: 83,8%) gestiegen. Begründet durch den Status als Titularnation in der Sowjetzeit wurde die ethnische Konsolidierung der Georgier im Nationalstaat beschleunigt. Daneben besteht ein ausgeprägtes Regionalbewusstsein fort, das in drei Gebieten durch religiöse oder sprachliche Besonderheiten gestützt wird. Georgische Adscharer konvertierten in der dreihundertjährigen osmanischen Oberherrschaft zum sunnitischen Islam. Dem trugen 1921 Lenin und Atatürk mit der Einrichtung einer Autonomie Rechnung, die bis heute mit 339 000 Einwohnern (2002: 376 000) existiert. Auch die westgeorgischen Mingrelier und Swanen zählen sich ebenfalls zur georgischen Nation, verfügen aber über eigene, mit dem Georgischen verwandte Sprachen.

Der Anteil nicht-dominanter ethnischer Gruppen hat sich seit der Unabhängigkeit (1989: 29,87%, 2002: 16,25%, 2014: 13,17%) mehr als halbiert. Damit ist Georgien heute zwar immer noch ein Vielvölkerstaat, aber in wesentlich geringerem Maße als noch zu Sowjetzeiten. Die schiitischen Aseri stellen heute die größte nicht-dominante ethnische Gruppe, deren Bevölkerungsanteil sich (1959: 3,8%, 2002: 6,5%, 2014: 6,7%) fast verdoppelt hat. Sie siedeln mit absoluter Mehrheit überwiegend im agrarisch geprägten Kvemo Kartli in den Bezirken Marneuli, Bolnisi und Dmanisi und mit einer relativen Mehrheit in Gardabani. Umgekehrt hat sich der Anteil der Armenier (1959: 11%, 2002: 5,7%, 2014: 4,5%) halbiert. Als drittgrößte ethnische Gruppe dominieren sie in den Bezirken Achalkalaki und Ninotsminda in Dschawacheti an der Grenze zur Türkei und Armenien mit mehr als 95% gegenüber nur 2% Georgiern. Allerdings besitzen sie keinen Autonomiestatus. In anderen Regionen leben sie weit weniger kompakt. Tbilisi bildet seit Jahrhunderten und trotz verstärkter Auswanderung nach Russland und Armenien ein traditionelles Zentrum armenischer Kultur.

Der größte Teil der 164 000 Osseten lebte 1989 außerhalb des Autonomen Gebiets Südossetien (Zchinwali-Region), häufig in Ehen mit Georgiern. Infolge des Krieges um den Status dieser Region verringerte sich der im übrigen Georgien siedelnde Anteil erheblich auf 2014 noch 14 385 (0,39%). Im Südosten Georgiens (Tetritskaro, Tsalka), an der Schwarzmeerküste und in größeren Städten lebten 2014 noch 5 544 (0,15%) aus Anatolien stammende pontische Griechen. Die Gruppe der in den Städten Tbilisi, Kutaisi und Oni lebenden Juden (europäische bzw. russische Ashkenasim und georgische Sephardim) wanderte nach Israel ab. Außerdem leben aus dem Osmanischen Reich geflüchtete Jesiden und Kurden noch heute in Tbilisi und Rustawi.

Die ethnische Zuordnung der sunnitischen Mes'cheten, von denen über 90 000 im November 1944 aus dem Südosten Georgiens in das zentralasiatische Fergana-Tal deportiert wurden, ist unklar: Etwa ein Drittel bezeichnet sich als Georgier, zwei Drittel als Türken. Deshalb sind sich die georgische Regierung und Gesellschaft in ihrer Haltung zu deren Rückkehrabsichten uneinig. Georgien hat seine bei der Aufnahme in den Europarat 1999 eingegangene Selbstverpflichtung ihrer Repatriierung erst ab 2010 sehr zögerlich umgesetzt.

Abgesehen von orthodoxen Sektierern (Molokanen, Altgläubigen und Duchoborzen), die im 19. Jh. an den Rand des Zarenreichs umgesiedelt wurden, waren die meisten Russen erst in den 1950er Jahren als signifikante Gruppe qualifizierter Facharbeiter in die Industriezentren Tbilisi und Rustawi zugewandert und bereits vor der Unabhängigkeit Georgiens 1991 größtenteils ins Baltikum und nach Russland wieder abgezogen.

Historisch betrachten sich die meisten Georgier als eine alte ethnisch definierte Kulturnation. Sprache und Religion bilden die wesentlichen Elemente nationaler Identität. Spätestens mit der beginnenden Christianisierung im 4. Jh. wurde für das Georgische ein eigenes Alphabet zur Übersetzung der Bibel entwickelt. Die geplante Aufhebung seines privilegierten Status als Republikssprache hatte 1978 Georgien zu Studentendemonstrationen geführt. Nach der Unabhängigkeit 1991 wurde sie zur alleinigen Staatssprache erklärt und ihr Status nicht mehr in Frage gestellt.

Eng mit ihr verbunden hat die *Orthodoxe Kirche Georgiens* in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung und Einfluss gewonnen. Ihr Patriarch Ilia II. schloss im Oktober 2002 als einziger Vertreter einer Religionsgemeinschaft ein Konkordat mit dem Präsidenten, welches ihre privilegierte Position als quasi Staatskirche garantiert. Neben Spenden der Gläubigen wird sie zunehmend auch vom Staat finanziert.

Der Prozess sprachlicher und religiöser Assimilation hält unvermindert an, was die Integration nicht-dominanter ethnischer Gruppen als gleichberechtigte Mitbürger in die georgische Gesellschaft erschwert. Zumal praktische Erfahrungen moderner Staatsbürgerschaft sich erst langsam ausbilden. Unter Präsident Saakaschwili wurde 2009 erstmals eine "Strategie ziviler Integration" verabschiedet, um der Absicht, alle Bürger in Staat und Gesellschaft zu integrieren, Ausdruck zu verleihen. In der Alltagspraxis bleibt hier aber noch einiges zu verbessern.

**Georgiens Staatlichkeit im Laufe der Geschichte** Archäologische Funde belegen, dass der Kaukasus seit 1,8 Mio. Jahren den Menschen als Durch- und Rückzugsgebiet diente. Im Laufe der Jahrhunderte haben sich verschiedenste Völkerschaften mit alteingesessenen Gruppen vermischt und eine äußerst selten anzutreffende vielgestaltige kulturräumliche Struktur ausgebildet, deren Reduktion auf ethnische Nationalismen und Nationalgeschichten mehr verdeckt als erhellt.

Erste Staatsbildungen, die mit den frühen Hochkulturen Anatoliens und des Zweistromlandes in Kontakt standen, sind seit dem 4. Jh. v. Chr. belegt. Aus dem mediterranen Kulturkreis verbreiteten in der Antike griechische Händler ihre Mythologie und ab dem 4. Jh. n. Chr. syrische Mönche das Christentum entlang jüdischer Gemeinden.

Von Süden her drangen vom 8. bis zum 10. Jh. die Araber vor und verbreiteten den Islam. Im «Goldenen Zeitalter» (11. bis 13. Jh.), als die umliegenden Reiche geschwächt waren und sich die Dynastie der Bagratiden in der georgischen Feudalgesellschaft durchsetzen konnte, erreichten die Herrscher von König David dem Erbauer bis zur legendären Königin Tamar eine einzigartige Blüte von Staat und Kultur. In dieser Zeit ist auch erstmals der Begriff «Georgien» (*sakartvelo*) als Landesbezeichnung in den Quellen belegt.

Die innere Einheit blieb jedoch fragil, die Bagratiden wurden von starken Lokalfürsten herausgefordert. Das Land zerfiel im 14. Jh. unter Tamerlans Mongolensturm in mehrere Kleinstaaten. Vom 15. bis 18. Jh. rangen Osmanen und Perser um die Vorherrschaft im Kaukasus. Jedoch drang das Zarenreich im 18. Jh. in den Kaukasus vor und konnte vom annektierten Ostgeorgien aus ab 1801 seine Kontrolle über die Region im 19. Jahrhundert sukzessive ausbauen. Lokale Herrschaften wie die Dynastie der Bagratiden wurden abgesetzt. Ab 1830 kehrte eine bisher unbekannt *pax rossica* ein. In dieser Zeit vermochten die Zaren den georgischen Adel nach anfänglichem Widerstand in den Reichsadel zu integrieren und bei der Eroberung Nordkaukasiens einzusetzen. Um den Preis der Aufhebung feudaler Strukturen versuchte der Zar erstmals,

eine territorialstaatliche Behördenverwaltung in Kaukasien einzuführen. An ihrer Spitze stand jedoch ein verdienter Vizekönig, der populäre Fürst Michail Woronzow.

Aus dem verarmten Adel ging seit der Mitte des 19. Jh. eine georgische, in Petersburg europäisch gebildete Intelligenz hervor, die unter Leitung des Publizisten Ilia Tschawtschawadse nach innerer Selbstbestimmung, Reform der traditionellen Gesellschaft und «nationaler Wiedergeburt» strebte. Ihre «Europäisierung» wurde zum Geburtshelfer eines neuartigen georgischen Nationalbewusstseins, provozierte gleichzeitig aber jene „Nationalitätenkonflikte“ unter den Kaukasusvölkern, welche ihre spätere Staatsbildung wesentlich prägen sollte. Zu Beginn des 20. Jh. wurde die von gebildeten, zumeist armen Adeligen geführte Nationalbewegung von einer Agrarbewegung unter Leitung georgischer Marxisten, den Menschewiki, herausgefordert, die sich den Bauern zuwandten und ihre Methoden der Selbstorganisation und des Arbeitskampfes in die Dörfer trugen. Joseph Dschughaschwili alias Stalin konnte als Bolschewik seine Parteikarriere deshalb nicht in seiner Heimat, sondern erst in der Wirtschaftsmetropole Baku beginnen.

Auf das Ende des Zarenreichs folgte vom 26. Mai 1918 bis zum 25. Februar 1921 das kurze Intermezzo der Demokratischen Republik Georgien, die über die Verabschiedung einer Verfassung hinaus die Staatsbildung nicht wesentlich beeinflusste. Die bolschewistische Rote Armee beendete das Experiment der ersten «sozialdemokratischen Bauernrepublik» (Karl Kautsky) und zwang Georgien in die Transkaukasische Föderative Sowjetrepublik. 1929 kollektivierte das Sowjetregime das «Bauernland» und leitete eine Industrialisierung und Urbanisierung ein, welche die Agrargesellschaft zutiefst veränderte.

Der georgische Parteichef Lavrenti Berija initiierte mit dem Aufkommen des Stalin-Kults eine Nationalisierung zugunsten der Titularnation. Er stieg 1937 zum Volkskommissar für innere Angelegenheiten und Geheimdienstchef der Sowjetunion auf. Er war 1937-1938 für den «Großen Terror» mitverantwortlich, vernichtete die alte Intelligenz, «bürgerliche Spezialisten» und andere Unschuldige und ersetzte sie durch parteitreue Aufsteiger. Dieses dunkle Kapitel der Geschichte Georgiens ist noch kaum erforscht.

Nach Hitlers Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 drang die Wehrmacht bis an den Elbrus im Hohen Kaukasus vor. Georgien entsandte 750 000 von 3,5 Mio. Einwohnern an die Front. Mehr als 300 000 Menschen kehrten von dort nicht wieder zurück. Die Wirtschaft Georgiens schrumpfte kriegsbedingt um 20%. Erst 1947 wurde der Industrieausstoß der Vorkriegszeit wieder erreicht, zu dem auch

deutsche Kriegsgefangene mit ihrer Arbeitskraft eingesetzt wurden.

Mit Stalins Tod 1953 verschärfen sich die Strukturprobleme in der georgischen Gesellschaft, die sich im März 1956 in Massenprotesten gegen die vermeintliche Verunglimpfung Stalins in Chruschtschows Geheimrede entluden. Die ethnische Konsolidierung der Titularnation ohne die sowjetische Integrationsfigur Stalin führte zur schleichenden Verselbständigung gegenüber dem Zentrum, welche zugleich auch den Assimilationsdruck auf Nicht-Georgier erhöhte. Georgier dominierten das politische und kulturelle Leben der Sowjetrepublik; die jeweiligen Titularnationen in der Autonomen Sowjetrepublik Abchasien und dem Autonomen Gebiet Südossetien waren mit weniger Kompetenzen und Ressourcen ausgestattet. Eine Nomenklatura in Partei- und Staatsapparat unter Vasil Mzhavanadze verwaltete das Land wie eigene Pfründe.

1971 berief der Kreml den georgischen Innenminister Eduard Schewardnadse zum neuen 1. Sekretär der Kommunistischen Partei Georgiens, um mit überbordender Korruption sowie Vetternwirtschaft aufzuräumen, um die Kontrolle Moskaus wiederherzustellen. Seit dem Ende der 1970er Jahre wuchs jedoch in der Bevölkerung der Unmut über die Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage und ließ zunehmend die «sozialistischen Inhalte» hinter die «nationale Form» zurücktreten. Mit der sowjetischen Hierarchisierung ethnisch-territorial gefasster Einheiten richtete sich die Unzufriedenheit der Abchasen und Osseten gegen die ihnen übergeordnete ethnische Gruppe der Georgier. Auf der Grundlage dieses «Matrjoschka»-Nationalismus wurden politische Konflikte entlang der von der Sowjetmacht gezogenen internen Verwaltungsgrenzen „ethnisiert“. 1978 protestierten Studenten an der Universität Tbilisi gegen den Versuch, Georgisch als Staatssprache der Sowjetrepublik in der Verfassung abzuschaffen. In den 1980ern wuchs die Zahl derer, die sich für nationale Rechte, den Schutz von Umwelt und Kulturdenkmälern einsetzten, sprunghaft über die engen Dissidentenzirkel hinaus. Am Morgen des 9. April 1989 wurden Demonstranten von Spezialkräften des sowjetischen Innenministeriums auf Ersuchen der georgischen KP gewaltsam vertrieben. Mit 19 zu beklagenden Todesopfern war der Sowjetkommunismus in Georgien endgültig desavouiert.

**Der Weg in die Unabhängigkeit – Scheitern der Idee staatlicher Einheit** Der Versuch, einen eigenständigen, von der Sowjetunion unabhängigen Nationalstaat zu errichten, scheiterte bereits im Winter 1991-1992. Nachdem Swiad Gamsachurdia als Führer der Nationalbewegung am 9. April 1991 in nationaler Euphorie zum ersten

Präsidenten Georgiens gewählt worden war, konnte die georgische Gesellschaft das Ideal nationaler Einheit nicht gegen das sowjetische Erbe an autoritärem Verhalten, lokale Partikularinteressen, „rote“ Direktoren, kriminelle Bandenführer sowie persönliche Ambitionen politischer Akteure einer extrem fragmentierten Nationalbewegung behaupten. Bereits nach wenigen Monaten im Amt war die Bevölkerung in ihrer Haltung zu Gamsachurdia so tief gespalten, dass es zum Bürgerkrieg und zu seiner Vertreibung kam. Abchassen und Osseten erklärten ihre sowjetischen Gebietsautonomien zu „souveränen“ Republiken und strebten in die Russische Föderation. Viele Armenier im strukturschwachen Dschawacheti liebäugelten mit einem Anschluss an Armenien, zumindest jedoch einer Autonomie.

Der unabhängige Staat Georgien blieb fragil, sein Gewaltmonopol ging verloren. Dies musste der im Frühjahr 1992 herbeigerufene Schewardnadse erkennen, der den Putschisten – einem Konglomerat aus ehemaliger Nomenklatura, Warlords und liberal gesinnter Intelligenzija – seine internationale Reputation als ehemaliger sowjetischer Außenminister lieh und damit die internationale Anerkennung des Landes ermöglichte. Erst 1995 konnte er mithilfe der Nomenklatura die beiden Kriegsherren und ihre paramilitärischen Einheiten nacheinander ausschalten und damit das Land vor dem Auseinanderbrechen bewahren.

Im August 1995 wurden eine neue Verfassung und zahlreiche Reformvorhaben im georgischen Parlament verabschiedet. In der Praxis jedoch war die Gewaltenteilung faktisch aufgehoben, da die Opposition, das Parlament und die Medien noch zu schwach waren, um die immense Machtfülle des Präsidenten in der Staatskanzlei zu kontrollieren oder gar herauszufordern. Im selben Jahr wurde Schewardnadze von einer relativen Mehrheit der Bevölkerung mit großen Erwartungen zum Präsidenten gewählt, in den Parlamentswahlen setzte sich die *Bürgerunion* als seine Herrschaftsstütze durch. Die in sich zerstrittene nationalistische Opposition bot keine Alternative und vor allem keine Sicherheit und Stabilität nach den katastrophalen Verwerfungen der 1990er Jahre.

Gestützt auf die alte Nomenklatura vermochte Schewardnadse bis 2000 Georgien zu stabilisieren, gleichzeitig schwanden jedoch die Aussichten auf grundlegende innenpolitische Reformen unter seiner Führung mehr und mehr. Das Wahlversprechen «Von Stabilität zum Wohlstand» kauften ihm und seiner regierenden *Bürgerunion* in den Parlamentswahlen im Oktober 1999 die meisten Wähler nicht mehr ab. Auch die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 konnte Schewardnadse nur durch informelle Absprachen mit Adschariens Lokalpotentaten,



Aslan Abaschidze, und durch teilweise massive Wahlmanipulationen für sich entscheiden. Die Bevölkerung, mehr mit ihrer Existenzsicherung als mit dem politischen Geschehen befasst, stieß sich zunehmend an der grassierenden Korruption der Amtsinhaber, die nur symbolisch Gehalt bezogen.

Nicht aber die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung führte zum Zerfall der *Bürgerunion*, sondern die «Jungen Reformer» in der Partei. Nachdem diese im Jahre 2000 wider Erwarten nach der Wahl des greisen Schewardnadse zum Präsidenten nicht in entscheidende Positionen berufen worden waren, gründeten sie mehrere oppositionelle Parteien und forderten die Nomenklatura, der sie oft selbst entstammten, nun offen heraus.

Nach offensichtlich manipulierten Parlamentswahlen vermochte diese Opposition unter Führung von Michail Saakaschwilis *Nationaler Bewegung* sowie Zurab Schwanias und Nino Burdschanades *Vereinigten Demokraten* im November 2003 den Unmut der Bevölkerung zu einer Massenbewegung zu bündeln. Mit dieser «Rosenrevolution» (Rosen als Abschiedsgeschenk der Demonstranten für Schewardnadse und sein Regime) demonstrierte die georgische Gesellschaft ihre Entschlossenheit, Schewardnadses korrupte Herrschaft friedlich, wenn auch nicht verfassungsgemäß abzulösen. Dies leitete in die post-sowjetische Entwicklung des Landes über. Im Januar 2004 wählten die Georgier Michail Saakaschwili mit 96% zum Präsidenten. Bei der Wiederholung der Parlamentswahlen für die proportionalen Parteilisten (nicht jedoch die oft käuflichen Direktmandate für lokale Potentaten) siegte im März 2004 die aus den beiden führenden Parteien der «Rosenrevolution» fusionierte *Vereinigte Nationale Bewegung*. Sie zog als neue Regierungspartei mit einer verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit in das neue Parlament ein.

**Konstituierung eines super-präsidentiellen Systems** In Georgien mussten sich seit 1991 formalstaatliche Institutionen und ein politisches System erst neu ausbilden. Diese blieben jedoch im Kampf mit den aus der Sowjetzeit fortwirkenden formellen wie informellen Strukturen innerhalb der Machtvertikale zunächst fragil und instabil. Nach drei Machtwechseln konnte bis 2012 kein demokratisches System konsolidierter formaler Institutionen mit durch Wahlen legitimiertem Machtwechsel etabliert werden. Es dominierte ein Verständnis von Demokratie, das weniger durch Konsenssuche in Verfahrensregeln als durch ein absolut gesetztes Ziel (Wiederherstellung territorialer Einheit des Landes und Korruptionsbekämpfung) legitimiert wurde. Die

Staatsgewalt wurde nicht geteilt oder beschränkt, sondern in der Person des Präsidenten konzentriert.

Die politischen Institutionen des modernen georgischen Staats hatte 1995 die Verfassung definiert, die nach dem überwältigenden Wahlsieg Saakaschwilis zum Präsidenten im Februar 2004 geändert wurde. Dabei wurde die Macht des auf fünf Jahre direkt vom Volk gewählten Präsidenten erneut stark ausgeweitet. Er ernannte den Premierminister – als neu geschaffene Institution für den damals zweitstärksten Politiker und Strategen Zurab Schwania. Mit der Ausweitung der Kompetenzen des Präsidenten (v.a. Parlamentsauflösung) wurde das Parlament gleichzeitig geschwächt. Diese Verfassungsänderung markierte deshalb den Übergang von einem «semi-präsidentiellen» zu einem «super-präsidentiellen» System. Dieser Systemwechsel wurde als erster Schritt zu einem europäischen System mit einem vom Präsidenten getrennten Ministerkabinet gerechtfertigt. Die Machterweiterung des Präsidenten sei für eine Übergangsperiode beschleunigter Reformen notwendig. Gegner dieser Änderungen der Verfassung kritisierten die Konzentration der Macht beim Präsidenten, welche die Entwicklung politischer Parteien behindere. Internationale Organisationen wie der Europarat forderten von Georgien eine erneute Verfassungsrevision, um eine größere Balance zwischen Exekutive und Legislative zu erzielen. Nicht etwa nach der gewaltsamen Auflösung einer Massendemonstration gegen die Reformpolitik der Regierung im November 2007, sondern erst nach dem verlorenen Krieg vom August 2008 bot Saakaschwili der im Burgfrieden befindlichen Opposition eine neue Welle „demokratischer Reformen“ und eine Einschränkung präsidentieller Vollmachten an. Eine im Frühsommer 2009 von ihm eingesetzte Kommission zur erneuten Verfassungsreform leitete eine Volte rückwärts zu einem semi-präsidentiellen System ein, welches die Machtbalance vom Präsidenten hin zum Premierminister verschob. Diese trat nach den Präsidentschaftswahlen 2013 in Kraft, bei denen Saakaschwili nach zwei Wahlperioden nicht mehr hätte antreten können. Anscheinend hatte er geplant, mit einer in den Parlamentswahlen 2012 siegreichen Vereinigten Nationalen Bewegung seine immer autoritärer werdende Regierung als Premierminister unbeschränkt fortzuführen zu können. Allerdings erwuchs ihm in dem aus Russland nach Georgien zurückgekehrten Milliardär Bidzina Ivanishvili mit einer erst 2011, ein Jahr vor den Parlamentswahlen gegründeten Partei „Georgischer Traum“ ein ernsthafter und letztendlich siegreicher Konkurrent. Mit seiner Finanzkraft konnte er große Teile der versprengten Opposition unter seiner Leitung in einem Wahlblock „Georgischer Traum“ vereinigen.

Nach dem Sieg der Koalition „Georgischer Traum“ in einem sehr hart geführten Wahlkampf kam es im Oktober 2012 zum ersten demokratisch legitimierten Machtwechsel in der modernen Geschichte Georgiens. Die Vereinigte Nationale Bewegung und Präsident Saakaschwili erkannten ihre Niederlage an und gingen in die Opposition. Da aber der Präsident noch seine absoluten Vollmachten besaß, kam es bis zu den Wahlen eines neuen Präsidenten im Oktober 2013 zu einem Interregnum bzw. einer Cohabitation. Der Kandidat des „Georgischen Traums“, Giorgi Margvelashvili, löste schließlich Saakaschwili ab. Seitdem hat sich überall im Land die neue Partei „Georgischer Traum“ als dominante Kraft etabliert. Dank eines Wahlsystems, welches die herrschende Partei begünstigt, erreichte sie dann bei den Parlamentswahlen 2016 mit ca. 40% Stimmenanteil und der Erringung fast aller Direktmandate eine verfassungsändernde Mehrheit. Die Koalitionspartner wie Republikaner und Freie Demokraten blieben unterhalb der 5-Prozenthürde. Das erste große Projekt war eine Verfassungsänderung, welche den Übergang zu einem vollständig parlamentarischen System abschließen und 2024 auch die Direktwahl zugunsten eines proportionalen Wahlsystems abschaffen sollte. Erneut hat die mit absoluter Mehrheit regierende Partei die verfassungsmäßige Ordnung ihren Interessen angepasst. Auch die Befugnisse eines in den letzten Jahren nicht völlig willfährigen Präsidenten werden beschnitten und seine Direktwahl ebenfalls 2024 abgeschafft und durch eine spezielle Wahlkommission ersetzt.

Allerdings hat sich seit 2012 erstmals eine ehemalige Regierungspartei nach dem Machtverlust nicht selbst aufgelöst, sondern konnte sich mit einem Stimmenanteil von um die 20% als stärkste Oppositionskraft behaupten. Nach den Parlamentswahlen von 2016 wurde jedoch deutlich, dass sie mit „Mischa“ Saakaschwili aufgrund seines schweren Erbes juristischer Verfehlungen und der „Null-Toleranz-Politik“, die den Widerstand der kriminellen Welt und Korruption in Georgien ausmerzen sollte, aber viele Menschen für geringste Vergehen ins Gefängnis brachte, nicht mehr mehrheitsfähig werden würden. Im Frühjahr 2017 verließen deshalb ideologische Strategen und Pragmatiker die „pro-Mischa“ eingestellte Vereinigte Nationale Bewegung und gründeten die Partei „Europäisches Georgien“. Beide Parteien konnten sich in den Kommunalwahlen im Oktober 2017 als stärkste Oppositionsparteien behaupten. Die „liberalen“ Parteien (Republikaner und Freie Demokraten) wurden bedeutungslos. Stattdessen erstarkten eine rechtspopulistische „Union der Patrioten“ und unabhängige Kandidaten bei den Kommunalwahlen.

**Ansätze einer Zivilgesellschaft zwischen Korruption und Patronage** Das Parteienspektrum vertritt die Bevölkerung bisher nur unzureichend. Parteien stellen eher personenbezogene Wahlbündnisse als basisorientierte Programmparteien dar. Politik folgt in Georgien also nicht einem im westlichen Stil öffentlichen Ausgleich diverser Interessengruppen über ideologisch positionierte Parteien, sondern informellen Klientel-Netzwerken, welche auch innerhalb von Regierung und jeweils herrschender Partei miteinander um Macht und Einfluss konkurrieren. Anstelle transparenter politischer Entscheidungsprozesse und einer interessengeleiteten Argumentation erfolgt oft eine eskalierende Personalisierung politischer Konflikte in Schaukämpfen, welche von den Interessen politischer Eliten ablenken. Populistische Versprechen ersetzen dann in Wahlkampfzeiten langfristige, auf Interessen bezogene und wertgeleitete Politikansätze.

Diese informellen Netzwerke sind über formale Strukturen in einem von post-sowjetischer Regierungsführung geprägten Georgien schwer zu kontrollieren, da in der Bevölkerung die „kommunistische“ Idee eines homogenen Fürsorgestaates verbreitet ist. Außerdem ist die georgische Gesellschaft von einem Verhalten geprägt, in der Vertrauen auf die eigene Gruppe beschränkt bleibt und nicht oder nur schwer darüber hinaus aufgebaut werden kann (Robert Putnams *bonding* oder *bridging social capital*). Viele Georgier meinen, über persönliche Beziehungen zur Machtvertikale eigene Interessen besser vertreten zu können als über Interessenverbände. Dies behindert die Ausbildung eigenständiger Interessengruppen und einer politischen Öffentlichkeit, welche ein Gemeinwohl in pluralistischer Weise definieren könnten. Damit werden aber weder die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz, noch rechtsstaatliche Institutionen dauerhaft etabliert und gestärkt. Es fehlt die Bereitschaft politischer Akteure, Ambitionen und Interessenkonflikte verfassungskonform zu regeln. Dies haben auch die von April bis Juli 2009 andauernden Proteste der Opposition auf den Straßen Tbilisis deutlich gemacht. Die pro-westliche Orientierung wirkt noch nicht substantiell in der politischen Praxis, die neopatrimonial vom politischen Establishment betrieben wird und Bedürfnisse der Bevölkerung nur am Rande berücksichtigt.

Damit fehlt den Bürgern Georgiens, ob Georgier oder Angehörige von Minderheiten, eine auf dem staatlichen Gewaltmonopol basierende Rechtssicherheit ihrer Person. Aufgrund des fehlenden Rechtsschutzes vor der Allmacht führender Repräsentanten des Staates suchen viele den Schutz in Partikulargruppen wie Verwandte, Freunde und Ethnien. Ethnische Minderheiten sind davon stärker betroffen als Georgier. Ohne

formale Vermittlungsinstanzen, die öffentliches Vertrauen genießen, können Gruppenkonflikte jederzeit eskalieren. Unter Saakaschwili hat man erstmals begonnen, mit Minderheitenverbänden ein Konzept zur Integration aller Bürger zu erarbeiten. Neben der territorialen Integrität muss Georgien auch die heterogene Gesellschaft auf staatsbürgerlicher Grundlage vereinigen. Dazu hat sich überwiegend in Tbilisi in den letzten zwei Jahrzehnten mit internationaler Unterstützung eine von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) getragene Zivilgesellschaft entwickelt, die aber nicht fest in der breiten Bevölkerung, insbesondere in den Regionen verankert ist. Sie gelten im Gegensatz zu den ressourcenschwachen Parteien als alternatives Sprungbrett für eine Karriere in der Politik und haben in den letzten Jahren einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Versachlichung der Politik geleistet. Ähnliches gilt auch für die Medien, die teilweise Ämterpatronage, Korruption und Machtmissbrauch kritisierten und allmählich die Herrschenden zum Reagieren zwingen, allerdings sind sie nicht unabhängig von wirtschaftlichen und politischen Interessen. Noch viel zu häufig wird versucht, die Popularität eines TV-Moderators durch eine Kandidatur in Wählerstimmen umzumünzen.

**Die ungelösten Konflikte mit Abchasen und Osseten** Die ungelösten Territorialkonflikte stellen weiterhin ein großes Hindernis für die weitere Staats- und Nationsbildung dar. An Georgiens Rändern konzentrieren sich mehrere «Unsicherheitsregionen», in denen interne und externe, lokale, regionale und globale Einflussfaktoren untrennbar miteinander verwoben sind. Sie reichen von den separatistischen Territorialkonflikten in Abchasien und Südossetien über das Pankisi-Tal, das für tschetschenische Flüchtlinge und Guerillagruppen an der Grenze zu Russland lange als Rückzugsraum diente, bis zu den von Armeniern und Azeri dominierten Regionen Dschawacheti und Kvemo Kartli in Südgeorgien. In diesen Regionen greifen Staats- und Nationsbildung mit Konfliktbearbeitung und Konfliktprävention direkt ineinander.

Nach der «Rosenrevolution» vermochte die Saakaschwilis Regierung durch den Aufbau einer eigenen Armee und Infrastrukturmaßnahmen das Pankisi-Tal sowie Adscharien wieder unter zentralstaatliche Kontrolle zu bringen. Das Ziel, die «eingefrorenen» Territorialkonflikte in Abchasien und Südossetien auf friedlichem Wege zu lösen, wurde jedoch nicht erreicht. Der Versuch, das abtrünnige Südossetien im „humanitären Sturm“ einzunehmen, führte im August 2004 fast zum gewaltsamen Konflikt, der durch massive internationale diplomatische Interventionen gerade noch abgewendet werden konnte, im August 2008

dann aber zum offenen Krieg zwischen Georgien und Russland um die Region Südossetien eskalierte. Nach der militärischen Niederlage und zeitweiligen Okkupation von Teilen Georgiens erkannte Russland einseitig die Unabhängigkeit der Sezessionsgebiete an und markierte damit die „rote Linie“ seiner künftigen Interessen- und Einflussphäre. Eine Verhandlungslösung in Genf scheint auf absehbare Zeit unmöglich. Zur eigenen Mitverantwortung an der Konflikteskalation zwischen 1990 und 1993 kam nun die erneute Traumatisierung auf beiden Seiten hinzu. Erneut wurden Anwohner vertrieben. Trotz einseitiger Grenzziehung (*borderisation*) durch Russland scheint auch eine erneute Eskalation der Konflikte im Augenblick wenig wahrscheinlich, ist aber auch nicht völlig auszuschließen.

Osseten und v.a. die Abchasen, die gut organisiert und entschlossen sind, verfügen damit faktisch über eigene, von Russland anerkannte und garantierte de facto-Staaten, fühlten sich in ihrer historischen Erfahrung und tiefen Abneigung gegen Georgien bestätigt, während die Georgier hinter allem die Machenschaften des Kreml sehen. Sicher hat Russland nicht als neutraler Vermittler agiert, sondern sich als Schutzmacht von Abchasen und Osseten massiv in Georgiens innere Angelegenheiten eingemischt (Ausstellung russischer Pässe für Bürger dieser Regionen, Missbrauch des Mandats als Friedenskräfte oder Gasversorgung). Dies entsprach den geostrategischen Interessen eines erstarkenden Russland unter Putin. Einige Abchasen waren sich der instrumentellen Haltung ihrer Schutzmacht bewusst und suchten vergeblich nach Alternativen.

Die friedliche Wiederherstellung territorialer Integrität ist in naher Zukunft kaum zu erreichen. Fehlte es vor dem Augustkrieg auf beiden Seiten an überzeugenden und handlungsleitenden Konzepten sowie dem Willen zur Konfliktlösung, um das Hauptproblem des politischen Status zu klären, so scheint eine Verständigung unter den Konfliktparteien nun vorerst unmöglich. Abchasien und Südossetien verlangen die Anerkennung ihrer Unabhängigkeit durch Georgien als Vorbedingung.

**Außenpolitik und internationale Beziehungen** Die politische Elite grenzt sich nicht erst seit dem Augustkrieg vom früheren Moskauer Machtzentrum ab und strebt als erstes kaukasisches Mitglied des *Europarats* (April 1999) nach Europa und westlichen Werten. Der Traum, sich aus der russischen Einflussphäre in Richtung Europa und Westenbindung verabschieden zu können, schien mit der Aufnahme in die *Europäische Nachbarschaftspolitik* (2006) und einer möglichen NATO-Mitgliedschaft auf dem Gipfel in Bukarest 2008 Wirklichkeit zu werden. Georgien hat als Transitland v.a. für Öl und Gaspipelines

zwischen Schwarzem und Kaspischem Meer für den Westen an geopolitischer Bedeutung gewonnen.

Divergierende außenpolitische Orientierungen der südkaukasischen Republiken sowie die Einflussnahme externer Akteure (Russland, EU, Türkei) haben bisher die Ausbildung gemeinsamer regionaler Interessen behindert und das regionale Sicherheitsdefizit nicht überwinden können. Das pro-westliche Georgien findet sich außen- und sicherheitspolitisch in einer strukturellen Integrationskonkurrenz zwischen der Weltmacht USA und der Regionalmacht Russland. Das vom Völkermord von 1915 geprägte Armenien hingegen sieht in der Russischen Föderation eine Schutzmacht. Das rohstoffreiche Aserbaidschan hingegen hat in der Türkei einen natürlichen Verbündeten und „balanciert“ außenpolitisch zwischen Russland und den USA. Wirtschaftliche Interessen v.a. im Bereich des Energietransports verbinden Georgien mit den USA. Es ist aber zugleich auch Transitland für Transportgut aus der Türkei nach Armenien, dessen direkte Grenzen geschlossen sind.

Der August-Krieg hat deutlich gemacht, dass Russland zur Wahrung seiner Sicherheitsinteressen in Südkaukasien zu allem entschlossen ist. Mit der einseitigen Anerkennung der Unabhängigkeit Abchasiens und Südossetiens hat Moskau seine Claims abgesteckt. Auch ist der Versuch der georgischen Regierung, die Konfliktlösung zu internationalisieren, mit dem Abzug der OSZE Mission und der UN-Beobachtermission im Sommer 2009, gescheitert. Es bleibt einzig die EU-Beobachtermission, die keinen Zugang nach Abchasien und Südossetien erhält und damit faktisch den *status quo* absichern muss. Einen neuen Kalten Krieg wird es deshalb nicht geben, aber Georgien ist abermals in seiner Geschichte zum Spielball der Großmächte geworden.

Am pragmatischen Umgang mit dieser komplexen Lage hat es gefehlt, um das Land durch das Geflecht geopolitischer Interessen zu steuern. Innenpolitisch ist die Westanbindung Georgiens - außer in den separatistischen Regionen Abchasien und Südossetien - allgemein akzeptiert. Jedoch hat Saakaschwili mit seinem beabsichtigten NATO-Beitritt und unterstützt durch die Bush-Administration versucht die Machtbalance in der Region zu verändern. Die USA und die EU haben durch ihre Unterstützung die Folgen des Augustkrieges und der darauf folgenden Finanzkrise mit massiven Ausfällen an Staatseinnahmen und einem Rückgang an ausländischen Direktinvestitionen durch Budgethilfe abgemildert und so einen erneuten Staatszusammenbruch verhindert. Georgien wird einen Ausgleich zwischen Russlands Sicherheitsinteressen einerseits und seinen außenpolitischen Prioritäten einer Westintegration andererseits finden müssen.

Letztendlich fehlt es allen Parteien an Vertrauen in die Stabilität und Irreversibilität eines Friedensprozesses im Südkaukasus insgesamt. Auch internationale Akteure können dies in der gegenwärtigen Lage weder bieten noch generieren.

**Wirtschaft und Soziales** Die georgische Regierung hat nach der «Rosenrevolution» den Staat wieder auf die Beine gebracht. Erstmals seit Jahren wurden seit 2004 im Staatsbudget durch ein vereinfachtes Steuersystem Überschüsse erwirtschaftet und damit lange ausstehende Gehälter für Beamte beglichen. Finanzintensive Infrastrukturprojekte im Gesundheitswesen, Straßenbau, der Wasser- und Energieversorgung haben die Konjunktur angekurbelt. Häufig intransparente Privatisierungen von Staatseigentum sowie eine ultraliberale auf vollkommene Deregulierung setzende Wirtschaftspolitik haben seit 2005 für eine wachsende Wirtschaft gesorgt und das Investitionsklima so verbessert, das Georgien in die Bestenliste des „*Easiness of Doing Business*“ aufrücken konnte. Allerdings haben davon eher Großanleger als Klein- und mittelständische Unternehmen profitieren können. Ausländische Direktinvestitionen erfolgten zunächst aus dem eurasischen (v. a. Russland und Kasachstan), dann aus dem arabischen Raum und in geringerem Masse aus dem Westen. Mit dem Abschluss des Assoziierungsabkommens mit der EU sowie dem Beitritt zur „Tiefen und umfassenden Freihandelszone“ (DCFTA) 2014 und 2015 konnte die Regierung des „Georgischen Traums“ die Ernte der Vorgängerregierung einfahren, was ohne Zweifel die Attraktivität Georgiens als Standort in einer globalisierten Wirtschaft weiter steigern wird.

Allerdings haben diese Erfolge die prekäre Lage in weiten Kreisen der Bevölkerung bisher nicht wesentlich verbessern können, die ohne feste Arbeit und ausreichendes Einkommen v.a. in den ländlichen Regionen zusehends verarmt. Eine massive Landflucht nach Tbilisi ist die Folge. Immerhin hat der „Georgische Traum“ nach seinem Wahlsieg 2012 eine allgemeine, steuerfinanzierte Krankenversicherung eingeführt, die einem Großteil der Bevölkerung eine medizinische Grundversorgung bietet. Über Staatsämter vermögen einflussreiche Personen, sich in der Wirtschaft lukrative Geschäftsanteile zu sichern und Marktkonkurrenz (z.B. durch Aufteilung der Märkte) auszuschalten. Erst allmählich entwickelt sich neben dem Bauboom ein produzierendes Gewerbe. Auf den Handelsboykott Russlands gegenüber Arbeitskräften und Produkten aus Georgien hat die Regierung unter Saakaschwili seit 2006 mit der Erschließung neuer Absatzmärkte reagiert. Vorrangige Wirtschaftssektoren wie Tourismus und Weinanbau sind nach einem



kriegsbedingten Einbruch nun wieder Motoren wirtschaftlichen Wachstums geworden – mit einem nicht unwesentlichen Anteil von Touristen aus der Russischen Föderation.

**Ausblick** In den letzten 26 Jahren der Transformation Georgiens verloren scheinbar starke Exekutivorgane ihre Macht durch Putsche, Demonstrationen, Impeachments und erst zuletzt auch in Wahlen. Nach den Parlamentswahlen im Oktober 2016 beobachten wir erneut eine starke Exekutive, die von einer Drei-Viertel-Mehrheit im Parlament unterstützt wird, die der "Georgische Traum" umgehend für Änderungen der Verfassung genutzt hat. So soll die Direktwahl des Präsidenten, wie es 92% der Georgier laut einer IRI-Umfrage fordern, in Zukunft durch eine indirekte Wahl eines Wahlmännergremiums ersetzt und damit der Übergang von einem semipräsidentiellen zu einem parlamentarischen System abgeschlossen werden. Es wird zu sehen sein, ob sich der "Georgische Traum" in den kommenden Jahren bei der Nutzung der riesigen zur Verfügung stehenden Macht selbst beschränken wird, wenn er wirklich das Land nachhaltig demokratisieren will. Bisher hat noch keine Regierung eine Dezentralisierung der Herrschaftsgewalt in Angriff genommen, welche lokale Demokratie und Verantwortung stärken würde. Stattdessen hat der "Georgische Traum" die Zahl selbstverwalteter Städte von zwölf auf fünf reduziert. Diese Entwicklungen sind alarmierend. Eigentlich wären weitere Schritte zur Entwicklung eines demokratischen Systems mit horizontaler Rechenschaftspflicht nötig, um eine funktionierende Gewaltenteilung zu erreichen. Das georgische Parlament, welches in den letzten Jahrzehnten ein schwaches Instrument in den Händen der Regierung war, muss mittels der Prüfungen des State Audit Office seine Aufsichtsfunktion in überparteiischer Weise gerecht werden. Dies wird darüber entscheiden, ob Georgien letztendlich ein nachhaltig funktionierendes, transparentes System gegenseitiger Machtkontrolle schaffen und damit gute Regierungsführung fördern kann. Bisher wird das Land immer wieder von Skandalen erschüttert, die zeigen, dass die Bekämpfung von Machtmissbrauch und Korruption wohl fortgesetzt werden müssen. Allerdings ist die Justiz nach wie vor das schwächste Glied bei der Errichtung einer funktionierenden Gewaltenteilung, wie "politische" Fälle gegen die Führer der VNB oder um den Besitzstand des oppositionellen TV Senders "Rustavi 2" gezeigt haben. Die erfreulichen Konsultationen von Zivilgesellschaft und Unternehmen bei Gesetzesprojekten sollte der georgische Staat in Zukunft systematischer fortsetzen, zumal es keine basisdemokratischen,

programmatischen politischen Parteien gibt. Eine solche Beteiligung könnte den Dialog auf der politischen Ebene fördern, damit Gesetze und Rechtsvorschriften ordnungsgemäß umgesetzt werden. Auch die Organisationen der Zivilgesellschaft müssen ihre Mitgliederbasis in der breiteren Bevölkerung erweitern, um den ausgeprägten Klientelismus zugunsten eines verstärkten Vertrauens in die staatlichen Institutionen zu erreichen ("bridging" statt „bonding“). Was benötigt wird, ist keine starke Exekutive, sondern eine engagierte und befähigte Gesellschaft, um den Staat widerstandsfähiger gegenüber allen Herausforderungen in einer globalisierten Welt zu machen.

Mit der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens und des DCFTA verpflichtete sich Georgien zu einer langfristigen und tiefgreifenden Strukturreform seiner Institutionen und Politiken im Einklang mit europäischen Werten, Normen und Vorschriften. Eine Annäherung an die EU ist jedoch nicht die Lösung, sondern lediglich ein Instrument, um bestehende nationale Probleme angemessen anzugehen sowie die Überzeugung einer solidarischen Gemeinschaft und Gemeinwohl bei der Bewältigung der drängendsten sozioökonomischen Fragen wie der Beschäftigung zu stärken. Georgiens einzigartige Umwelt und Kulturerbe sollte nicht nur für ausländische Touristen, sondern für sich selbst bewahrt und nicht Opfer von Profitinteressen werden.

Wenn Georgiens Wirtschaft wettbewerbsfähig werden soll, muss der Übergang von der Landwirtschaft mit niedriger Produktivität und anderen traditionellen Haushaltstätigkeiten in moderne Wirtschafts- und Dienstleistungssektoren in den Regionen erleichtert werden. Abhilfe für die fehlende soziale Mobilität bieten nicht nur berufliche Bildung, sondern auch umfassende Investitionen in die Bildung für die ländliche Bevölkerung. Nur mittels einer Verbesserung der Qualität des Bildungssektors können die Humanressourcen als Hauptkapital des Landes erheblich verbessert und insbesondere unternehmerische Fähigkeiten und die Finanzkompetenz der Bevölkerung gestärkt werden. Hohe Zustimmungswerte für die Annäherung an und Integration in die EU bzw. westliche Strukturen bildet eine gute Grundlage für ernsthafte Reformen von Staat und Gesellschaft. Letztere muss akzeptieren lernen, dass Pluralismus keine Bedrohung für die nationale Identität darstellt. Im Gegenteil, Pluralismus kann die moralische Grundlage stärken, die es ermöglicht, widersprüchliche Interessen in einem institutionalisierten Rahmen inklusiv und transparent zu lösen. Dies ist möglicherweise die größte Herausforderung für den qualitativen Wandel des Landes, um sein sowjetisches Erbe ein und für allemal hinter sich zu lassen.

*Oliver Reisner*

Lit.: Babeck, W.: *Der Georgische Knoten. Abenteuerliches aus dem Kaukasus*. Sydney 2013. – Christophe, B.: *Metamorphosen des Leviathan in einer post-sozialistischen Gesellschaft. Georgiens Provinz zwischen Fassaden der Anarchie und regulativer Allmacht*. Bielefeld 2005. – Coppieters, B./Legvold, R. (Hg.): *Statehood and Security. Georgia after the Rose Revolution*. Cambridge, MA/London 2005. – Fähnrich, H.: *Geschichte Georgiens*. Leiden & Boston 2010. – Gerber, J.: *Georgien: Nationale Opposition und kommunistische Herrschaft*. Baden-Baden 1997. – Jones, S.: *Georgia. A Political History Since Independence*. London 2013. – Jones, S.: *Socialism in Georgian Colors. The European Road to Social Democracy 1883-1917*. Cambridge, Mass. 2005. – Junge M./Bonwetsch, B.: *Bolschewistische Ordnung in Georgien. Der Große Terror in einer kleinen kaukasischen Republik*. Berlin 2015. – Losaberidze, D.: Zentrum und Peripherie. Kommunale Selbstverwaltung in Georgien. In: *Osteuropa* 65 (2015), no. 7-10, pp. 271-283 – Maisuradze, G./Thun-Hohenstein: *Sonniges Georgien. Figuren des Nationalen im Sowjetimperium*. Berlin 2015. – Nodia, G. et al. (Hg.): *The Political Landscape of Georgia. Political Parties: Achievements, Challenges and Prospects*. Delft 2006. – Rayfield, D.: *Edge of Empires. A History of Georgia*. London 2012. – Reisner, O.: Sakral-national. Staat, Religion und Nation in Georgien. In: *Osteuropa* 65 (2015), H. 7-10, S. 93-112 – Ders.: *Die Schule der georgischen Nation. Eine sozialhistorische Untersuchung der nationalen Bewegung in Georgien am Beispiel der „Gesellschaft zur Verbreitung der Lese- und Schreibkenntnisse unter den Georgiern“ (1850-1917)*. Wiesbaden 2004. – Ders. (mit L. Kvatchadze): *Studien zur länderbezogenen Konfliktanalyse: Georgien. Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung*. Dez. 2005. In: <http://library.fes.de/pdf-files/id/04432.pdf>. – Rohrbacher, H.: *Georgien. Bibliographie des deutschsprachigen Schrifttums*. Wiesbaden 2008. – Shnirelman, V. A.: *The Value of the Past. Myths, Identity and Politics in Transcaucasia*. Osaka 2001. – Stefes, Ch. H.: *Understanding Post-Soviet Transitions. Corruption, Collusion and Clientelism*. Basingstoke 2006. – Suny, R. G.: *The Making of the Georgian Nation*. Bloomington / Indianapolis 1994<sup>2</sup>. – Timm, Christian: Georgien: Staat im Markt: Vom Neoliberalismus zum gelenkten Kapitalismus In: *Osteuropa* 65 (2015), no. 7-10, pp. 255-270 – United Nations Development Programme: *Georgia Human Development Report 2008. The Reform and Beyond*. Tbilisi 2008 - Wheatley, J.: *Georgia from National Awakening to Rose Revolution. Delayed Transition in the Former Soviet Union*. Aldershot 2005 - Wolff, K.: *Von Tiflis nach Tbilissi. Reise zum Ursprung einer Seh-Sucht*. Ludwigsburg 2008.